

# Keine Zukunft für kleine Schulen

Wissenschaftler empfiehlt Zusammenlegung der Werkrealschulen / Ausschuss diskutiert Gemeinschaftsschule

Von Sarah Kern

**Baden-Baden – Nur ein neuer Name für die Werkrealschulen oder doch eine innovative neue Schulform mit Zukunft? Mit einer möglichen Gemeinschaftsschule in Baden-Baden setzte sich der Schul-, Kultur- und Sportausschuss jetzt auseinander.**

Wenn in Baden-Baden zum Schuljahrsbeginn 2015/16 eine Gemeinschaftsschule ins Leben gerufen werden soll, müsse der Gemeinderat im kommenden Mai eine Entscheidung treffen, sagte Bürgermeister Michael Geggus. Die Voraussetzung: Eine Schule muss die Umwandlung beantragen. Obwohl ein solcher Antrag noch nicht vorliegt, will Geggus die Stadträte „mit machen für eine kompetente Entscheidung“, wie er erläuterte. Deshalb umriss der Wissenschaftler Professor Klaus Klemm vor dem Ausschuss Chancen und Risiken der Gemeinschaftsschule.

Klemms Fazit: Die beiden Baden-Badener Werkrealschulen haben in ihrer jetzigen Form keine Zukunft. In Anbetracht der stetig sinkenden Schülerzahlen seien in einigen Jahren keine Werkrealschüler mehr übrig. Die Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule könne stabilisierend wirken und für mehr qualifizierte Absolventen sorgen. Allerdings nur, wenn diese Schule mindestens zweizügig sei, Inklusion ermögliche und auch Realschüler und Gymnasiasten anziehe. Klemms Vorschlag: Die beiden Werkrealschulen müssten zusammengelegt werden.

Eine solche Zusammenführung sei selbst dann sinnvoll, wenn die Entscheidung gegen eine Gemeinschaftsschule ausfallen sollte, sagte Klemm. Denn: Kleine Schulen hätten bei der Suche nach Lehrpersonal Probleme, könnten bei Unterrichtsausfall schlechter Vertretungen organisieren und kein so ausdifferenziertes Schulprofil anbieten. Zudem

konzentrierten sich dort Schüler mit Lernschwierigkeiten.

Um auch potenzielle Realschüler und Gymnasiasten für die Gemeinschaftsschule zu begeistern, müssten weiterführende Abschlüsse wie Fachhochschulreife oder Abitur als

Perspektive aufgezeigt werden. Wichtig seien enge Kooperationen mit anderen Schulen, insbesondere mit den beruflichen Gymnasien.

Sehr positiv äußerte sich Kurt Hochstuhl (SPD) zu den Ausführungen. „Wann fangen

wir damit an?“, wollte er wissen. Heidemarie Mohr, geschäftsführende Schulleiterin von Grund- und Werkrealschulen, Realschule sowie Förderschule, regte eine weitergehende Bündelung unter Einbeziehung der Realschule an. So habe die neue Schule ein breiteres Schülerspektrum, und die Zweizügigkeit sei gewährleistet.

Uwe Serr (CDU) zeigte sich nicht abgeneigt. Sonst werde die Schule womöglich – wie schon die Werkrealschule – als Hauptschule mit neuem Namen verstanden. Auch Beate Böhlen (Grüne) fand die Idee reizvoll. Reinhilde Kailbach-Siegle (CDU) sprach sich klar dagegen aus. Der Wissenschaftler Klemm erinnerte daran, dass die Schulen einverstanden sein müssten – das seien sie in der Regel nur, wenn sie „kurz vor dem Sterben“ stünden. Landesweit hätten sich erst wenige Realschulen zu dem Schritt entschlossen.

● **Kommentar**